

Stadt Hagen beteiligt Menschen mit Behinderung

6. April 2017 - Die Stadt Hagen, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und Anbietern aus dem Bereich der Behindertenhilfe haben bei der zehnten Regionalplanungskonferenz im Rathaus an der Volme einen Austausch mit Menschen mit Behinderung organisiert.

Während die vorherigen Konferenzen bislang nur Daten, Fakten und Planungen rund um die Integration von Menschen mit Behinderung in Hagen thematisierten, ging es diesmal um die Wünsche der betroffenen Menschen. In mehreren Workshops diskutierten die Teilnehmer die Fragen: Wie will ich leben? Wie bestimme ich mit? Wie will ich meinen Tag gestalten?

Im Anschluss an die Workshops haben die Teilnehmer Wünsche und Forderungen zusammengetragen und vorgestellt. Auf der Wunschliste stehen eine verständliche Kommunalpolitik, mehr Selbsthilfegruppen und mehr Informationen in leicht verständlicher Sprache. Im Bereich des Wohnens fordern sie mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen. Dazu gehören auch eine gute Verkehrsanbindung, kurze Wege und gute Nachbarn. Einige betroffene Menschen fordern mehr Angebote für die Freizeit. Sie wün-

schen sich Wohnhäuser mit Gemeinschaftsräumen für Spiele und für die Planung gemeinsamer Unternehmungen, ein barrierefreies Kino und mehr Kulturveranstaltungen. Dabei ist deutlich geworden, dass es für Menschen mit Behinderung wichtig ist, dass Veranstaltungen zukünftig organisiert werden, die eine problemlose Begleitung und einen Hin- und Rücktransport ermöglichen. Auch die Idee für einen offenen Treff für Menschen mit Behinderung, der von mehreren Anbietern gemeinsam organisiert wird, fand Anklang.

Reinhard Goldbach, Leiter des Fachbereichs Jugend und Soziales, lobt die konstruktive und vielfältige Gemeinschaftsarbeit: „Die verschiedenen Themen, die für Menschen mit Behinderungen wichtig sind, werden jetzt im Sozialausschuss weiter bearbeitet. Wir werden prüfen, welche Umsetzungsmöglichkeiten die Stadt hat.“ Weiterhin betonte er die Wichtigkeit, dass die Idee zu einem Bildungs- und Teilhabepaket für Menschen mit Behinderung an die Politiker des Bundes herangetragen wird. In der Konferenz im nächsten Jahr soll dann berichtet werden, welche Ideen umgesetzt werden konnten.

7. F. LR

RUBRIK: SOZIALES

das
können
wir
jeden
Monat
machen

AL 60
Hew Ded

Wed 315
Be 3
Helo

Hogrebe, Sabine

Von: m.wirth@caritas-hagen.de
Gesendet: Donnerstag, 22. Juni 2017 10:21
An: Hogrebe, Sabine
Betreff: SOA
Anlagen: Artikel Focus.pdf

Liebe Sabine,

ich glaube nicht, dass ich es nächste Woche in den SOA schaffe. Im letzten Beirat am 08.06.17 hatten wir das Schwerpunktthema „Inklusion in der Schule“ (Herr Becker und Frau Besser). Frau Bender von der Lebenshilfe berichtete von einem Projekt, da ging es um die palliative Versorgung von Menschen mit Behinderung. Ich werde darüber dann im September berichten (dann ist Martina hoffentlich wieder fit und hat das Protokoll geschrieben....)

Ich habe in die Anlage einen Artikel aus dem Focus beigelegt. Darin wird die letzte Regionalplanungskonferenz gewürdigt, von der ich im letzten SOA berichtet habe. Der Artikel kam über den LWL, daher am Rand die vielen Handzeichen und der Kommentar, z. B. von Herrn Wedershofen „das könnten wir jeden Monat machen“. Herr Goldbach ist auch namentlich erwähnt. Sprich es bitte mit ihm ab, ob der Artikel im SOA erwähnt werden soll. Es ist ja schön, dass Hagen auch mal positiv erwähnt wird☺

Meiner SOA – Vertretung (Frau Utsch-Asbach) habe ich eine Mail geschickt. Sie ist frühestens Montag wieder da. Da sie aber nicht auf der letzten Beiratssitzung war, wird sie nichts wesentliches beitragen können.

Liebe Grüße
Meinhard

Mit freundlichen Grüßen

Meinhard Wirth
Werkstattleitung

Caritasverband Hagen e.V.
Werkstatt für behinderte Menschen St. Laurentius
Walzenstraße 2
58093 Hagen
Tel. 02331 3588-12
Fax 02331 3588-88
Email: m.wirth@caritas-hagen.de
<http://www.caritas-hagen.de>

Vorstand:
Bernadette Rupa (Vors.)
Anna Gockel

Caritasrat:
Helmut Schocke (Vors.)
Karl-Josef Steden (stellv. Vors.)

6 VR 1126 Amtsgericht Hagen

Der Caritasverband auf Facebook
<https://www.facebook.com/caritas.hagen>

**Mitteilung
für die Sitzung des Sozialausschusses am
28.06.2017**

Freiheitsentziehende Maßnahmen (FeM) und Werdenfelser Weg

Auch im Jahr 2016 hat sich die Zahl der FeM weiter reduziert. Grundsätzlich werden folgende Maßnahmen unterschieden:

- Hochstellen des Bettgitters
- Fixierung mit einem Bauchgurt
- Vorstecktisch im Rollstuhl
- nächtliches Abschießen der Verbindungstür zu einem Wohnbereich
- sedierende Medikamente

Voraussetzung ist in jedem Fall eine richterliche Genehmigung. Es handelt sich jedoch **nicht** um eine FeM, wenn der/die Betroffene

- sein/ihr **Einverständnis** gibt und die Tragweite überblickt. Hierzu ist die Geschäftsfähigkeit nicht erforderlich und das Einverständnis gilt zeitlich unbegrenzt, wenn es nicht widerrufen wird.
- zu einer eigenständigen Fortbewegung nicht mehr in der Lage ist und auch **keinen Fortbewegungswillen** zeigt. Es handelt sich dann um eine reine Schutzmaßnahme, die bei Zweifeln oder Unsicherheiten auch mit dem behandelnden Arzt abgesprochen werden kann.

Die folgende Aufstellung zeigt daher somit die Entwicklung der **freiheitsentziehenden Maßnahmen mit richterlichem Beschluss** in den vollstationären Einrichtungen in Hagen im Vergleich der Stichtage zum Jahresende 2014 bis 2016. Dabei wird jede FeM einzeln gezählt, auch wenn bei einer Person mehrere Maßnahmen gleichzeitig zutreffen.

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf

12 vollstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit	406 Pl.
und	
22 vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit	2.142 Pl..

FeM	31.12. 2014	31.12. 2015	31.12. 2016	Entwicklung in % 2014 zu 2016
Hochstellen des Bettgitters	154	107	37	-75,97 %
Bauchgurt/ Vorstecktisch im Rollstuhl	91	43	22	-75,82 %
Bauchgurt im Bett	7	5	2	-71,43 %
Hand- oder Fußfixierungen *)		2	3	
Signalgeber/Signalarmbänder	12	16	3	-75,00 %
sedierende Medikamente	0	3	0	0 %
Sonstiges (Unterbringungsbe- schlüsse und Sitzhosen) **)	12	25	20	+66,66 %

*) Diese Fixierungen erfolgten ausschließlich in Wohngemeinschaften für Beatmungspflichtige

**) Seit 2015 ist für die beschützenden Wohnbereiche in einigen Pflegeeinrichtungen jetzt immer ein Beschluss erforderlich. Dies wurde in den Vorjahren nicht von allen Betreuungsrichtern verlangt.

Insgesamt hat sich die Zahl der FeM somit um ca. 75 % reduziert und es wird deutlich, dass die Anfang 2015 getroffene Entscheidung auch in Hagen den Werdenfelser Weg zu gehen gute Erfolge zeigt.

Die Reduzierung betrifft aber nicht nur die hier aufgeführten FeM. Auch wenn ein richterlicher Beschluss nicht erforderlich ist, werden die Notwendigkeit und mögliche Alternativen geprüft.

Der **Werdenfelser Weg** beschreibt ein Konzept zur Minimierung freiheitseinschränkender Maßnahmen.

Ziel:

Freiheitsentziehende Maßnahmen nur im äußersten Notfall, Alternativen sind vorrangig (z. B. geteilte Gitter, Hüftprotektoren, Niederflurbetten, Sturz-oder Sensormatte, Bewegungsmelder)

Weg:

Gemeinsam mit allen Beteiligten (Angehörige/Betreuer, Pflegefachkräfte, MDK, Richter, Heimaufsicht, Verfahrenspfleger, Arzt) nach einem milderen Mittel suchen, als es die Fixierung ist.

AG zum Werdenfelser Weg

Die Anfang 2015 gegründete Arbeitsgemeinschaft setzt ihre Arbeit kontinuierlich fort und trifft sich regelmäßig.

In ihr sind Einrichtungsleitungen und/oder Pflegedienstleitungen aus 14 stationären Pflege- und Eingliederungshilfeeinrichtungen, der FB Gesundheit, Kolleginnen der WTG-Behörde (früher Heimaufsicht), ein Richter des Betreuungsgerichtes Hagen und die Pflegedirektorin des AKH vertreten. Außerdem konnte die Institutsambulanz am St. Johannes-Hospital, eine ortsansässige Neurologin, ein speziell geschulter Verfahrenspfleger sowie die Leiterin des Fachseminars der AWO in 2016 für die Mitarbeit gewonnen werden.

grundsätzliche Ziele der AG:

- Anwendung von FeM mit und **ohne** richterlichen Beschluss reduzieren
- Ständiger Erfahrungsaustausch mit allen Beteiligten
- Netzwerkpfege und Aufklärungsarbeit insbesondere für Angehörige, Ärzte, Krankenkassen, Krankenhäuser etc...

Hauptthema in 2016 war der Umgang mit sedierenden Medikamenten. Außerdem wurde gemeinsam eine Checkliste erarbeitet, um eine professionelle Abstimmung hinsichtlich der Kommunikation zwischen den niedergelassenen Neurologen /Psychiatern und den Einrichtungen zu erleichtern.

Durch die Einbindung der Leiterin des Fachseminars sollen auch die Fachkräfte bereits im Rahmen ihrer Ausbildung für dieses Thema sensibilisiert werden.

Darüber hinaus werden bei den Regelprüfungen der Heimaufsicht gezielt der Wissenstand der Mitarbeiter zu freiheitsentziehenden Maßnahmen abgefragt und - soweit erforderlich - Maßnahmen empfohlen.